



Das Tessin-Paradox

Der Südkanton ergreift laufend neue Massnahmen gegen die ungeliebten Grenzgänger – und weiss doch, dass er gut von ihnen lebt

Registrierungspflicht, Grenzbarrieren, Vergabestopp: Das Tessin verschärft seine Aktionen gegen Arbeiter aus Italien laufend. Dabei sind laut Experten viele Probleme hausgemacht.

Kathrin Alder, Daniel Friedli

«Entdecke die andere Seite.» Mit diesem Slogan lockt das Tessin derzeit die Touristen auf die südliche Seite des Gotthards. Doch was sie den Gästen dort zeigen wollen, das wissen die Tessiner selber nicht so genau: einen attraktiven Standort, an dem laut offizieller Statistik die Wirtschaft überdurchschnittlich wächst, die Beschäftigung steigt und die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren auf 3,5 Prozent gesunken ist? Oder eine bestürzte Grenzregion, die sich abschotten muss, Grenzgänger pie-sackt und Burkaträgerinnen büsst?

Diese Woche machte wieder einmal dieses zweite, sich verteidigende Tessin Schlagzeilen: Oppositionslos hat das Kantonsparlament beschlossen, dass öffentliche Aufträge unter einer gewissen Schwelle nur noch an Schweizer Firmen vergeben werden dürfen und nicht mehr ins Ausland. Dass in Bern die Wettbewerbskommission, Wirtschaftsverbände und Bundespolitiker umgehend ihre Besorgnis ausdrückten – es blieb für die Grossräte höchstens ein Nebengeräusch. «Prima i nostri», lautete nicht zum ersten Mal das Motto – zuerst die Unsrigen. Das Gesetz sei eine gute Art, einheimische Firmen zu fördern, entgegnete die federführende Natalia Ferrara, eine Liberale.

Ambivalente Stimmung

Der Beschluss ist eine weitere Antwort auf das Phänomen, das den Kanton wie kein anderes in Atem hält: die Angst vor der Verdrängung durch die Grenzgänger. 64 000 *frontalieri* sind es mittlerweile, die ins Tessin zur Arbeit pendeln und dort jeden vierten Arbeitsplatz belegen. Dazu kommen mehrere tausend Kleinunternehmer (*padroncini*) und entsandte Arbeiter, die kurzzeitig Aufträge ausführen. Die Folgen sind sicht- und spürbar: Die Strassen sind täglich verstopft, die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wächst – und damit auch der Zwiespalt der Tessiner: Laut einer Studie

finden 81 Prozent, die vielen Grenzgänger schaden ihrem Wohlstand. Umgekehrt sagen aber auch 83 Prozent, die *frontalieri* leisteten einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaft.

«Diese Zahlen zeigen, wie ambivalent die Tessiner in dieser Frage sind», sagt Oscar Maz-

zoleni, Professor für Politologie und Analyst der Tessiner Politik. Dass diese Stimmung immer häufiger zu politischen Abwehrmassnahmen führt, erklärt Mazzoleni mit einem spezifischen Regionalismus. Dieser gründe zum einen in der Angst, vom grossen Nachbarn Italien überrollt zu werden. Und er werde verstärkt dadurch, dass man sich von Bundesbern im Stich gelassen fühle. «Die Mehrheit des Tessins sieht sich als Sonderfall in der Schweiz. Sie fordert darum auch spezielle Lösungen für sich, was ihr Bern aber nicht gewährt», sagt Mazzoleni. Die Folge: Das Tessin handelt selber – und zwar ungeachtet davon, was effektiv umsetzbar ist und was man ausserhalb des Kantons darüber denkt.

So ist denn die Verschärfung des Vergaberechts nur die bisher letzte in einer ganzen Reihe von Entscheidungen, die wahlweise Bern oder Rom vor den Kopf stossen: Handwerksbetriebe müssen sich gegen Gebühr in ein Register eintragen, wenn sie im Tessin Arbeiten ausführen wollen. Jeder Ausländer, der neu im Tessin arbeiten oder wohnen will, muss einen Strafregisterauszug vorlegen. In die Kantonsverfassung wurde – in eklatantem Widerspruch zur Personenfreizügigkeit – ein Inländer-vorrang aufgenommen, wonach bei gleicher Qualifikation einheimische Stellenbewerber zu engagieren sind. Und neuerdings werden aus Sicherheitsgründen drei Grenzübergänge nach Italien nachts geschlossen. Den erzürnten Italienern erklärte Justizdirektor Norman Gobbi (Lega) dies am Donnerstagabend im TV-Sender Rai 2 so: «Wir schauen für uns, ihr schaut für euch.» Und beendete dann das Interview mit einem Schimpfwort.

Gobbis Lega dei Ticinesi ist der politische Katalysator dieser Entwicklung. Sie gibt den aggressiven Ton der Debatte vor, treibt die Gesetzesmaschinerie an und die anderen Parteien vor sich her. Denn längst ist das Lamento der Lega, die Tessiner würden immer benachteiligt, zum politischen Allgemeingut ge-



worden. «Kein vernünftiger Ökonom würde sagen, dass es der Tessiner Wirtschaft und

Das Tessin handelt selber – und zwar ungeachtet davon, was effektiv umsetzbar ist und was man andernorts davon hält.

ihrem Arbeitsmarkt schlechtgeht», sagt Rico Maggi, Wirtschaftsprofessor an der Universität in Lugano. «Doch der Lega ist es gelungen, das in den Köpfen der Leute festzusetzen.» Als Beleg dafür nennt Maggi eine Umfrage vom letzten Winter: Demnach schätzten 77 Prozent der Tessiner den Anteil der Grenzgänger an den Beschäftigten höher ein, als er effektiv ist. «Diese falsche Wahrnehmung ist die Folge davon, wie Politik und Medien dieses Phänomen bewirtschaften», sagt er.

«Alles ein wenig übertrieben»

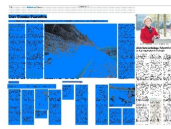
Maggi verhehlt nicht, dass die hohe Zahl der Grenzgänger den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt erhöht. Eine Verdrängung der Tessiner finde aber keineswegs statt. Und die Politik Sorge mit arbeitsvertraglichen Vorschriften dafür, dass sich der Lohndruck in Grenzen halte. Zudem käme die Tessiner Wirtschaft ohne Grenzgänger schlicht zum Erliegen. Ohne sie gäbe es etwa den Aufschwung in der

Mode-, Elektronik- und Medizinalbranche nicht, der auch vielen Tessinern Jobs brachte und mithilft, das Schrumpfen des Finanzplatzes zu kompensieren.

Auch der Direktor der Tessiner Handelskammer, Luca Albertoni, hält darum nichts vom eigensinnigen Aktivismus, den die Politik entwickelt hat. Der Kanton solle sich an Gesetze und Verträge halten. Dass er sich damit schwertut, begründet Albertoni mit einer Eigenheit der Tessiner Seele. «Im Tessin ist immer alles ein bisschen Symbolpolitik, alles ein wenig übertrieben», sagt er. Und eben: Das Verhältnis zu Italien und den Grenzgängern sei halt sehr gespalten.

Und so wirkt denn auch manches in der Politik widersprüchlich: Man schimpft über die Grenzgänger, auf die viele Firmen angewiesen sind. Man ärgert sich über neue Firmen, die Arbeiter aus dem Ausland mitbringen, wirbt aber in Broschüren um sie - mit tiefen Steuern und einem flexiblen Arbeitsmarkt. Oder man klagt über die billigen *padroncini*, gibt ihnen aber gerne selber Aufträge.

Regierungspräsident Manuele Bertoli will den Tessinern daraus keinen Vorwurf machen. Auch sie würden einfach ihre Rechnung machen; darum müsse die Politik nun dafür sorgen, dass die Rechnung wieder für alle aufgehe (siehe Interview). Wirtschaftsprofessor Maggi meint derweil, viele der vermeintlichen Probleme seien hausgemacht - und wären einfach zu beheben, wenn die Tessiner selber etwas konsequenter wären.



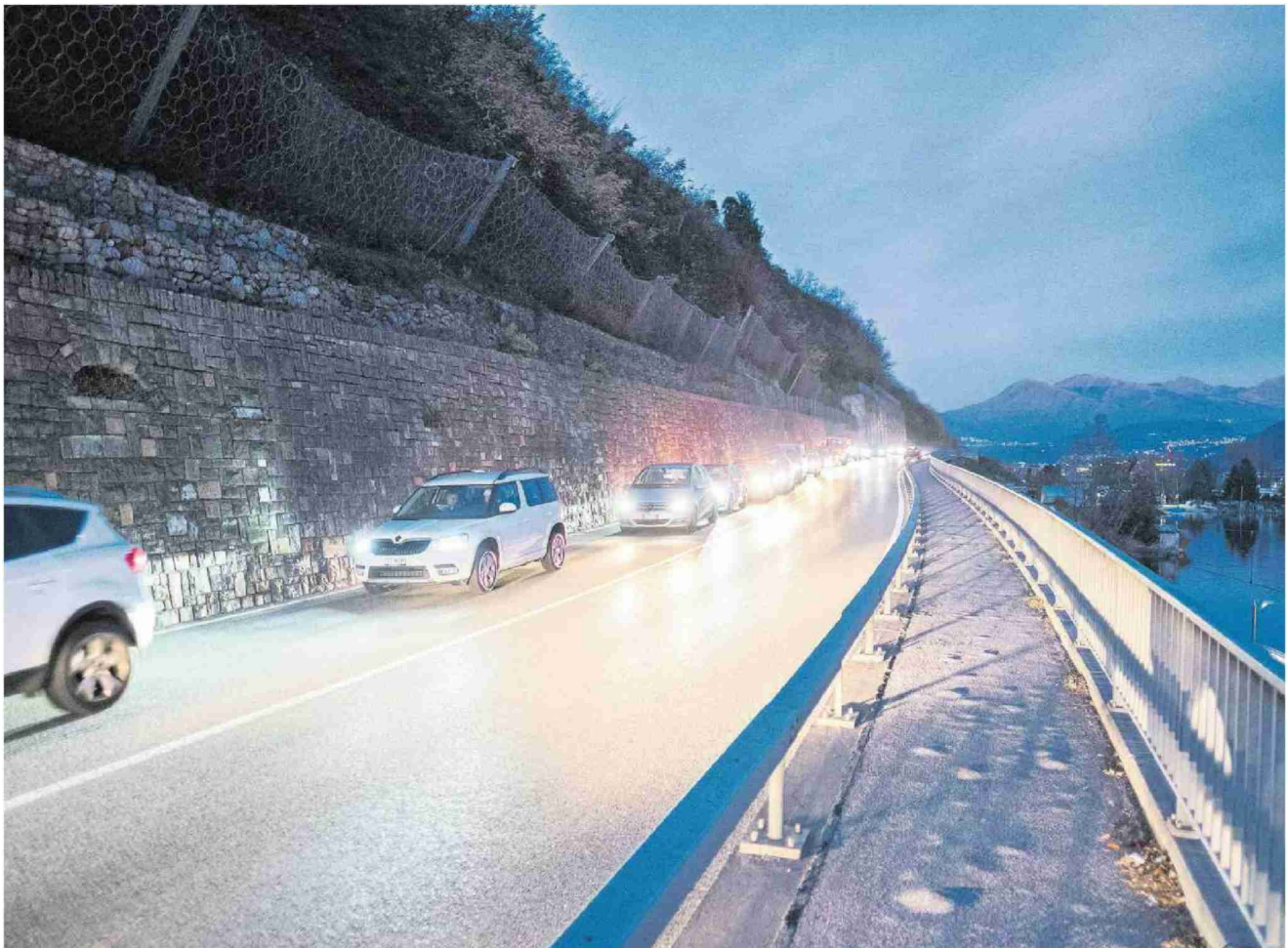
Bücher am Sonntag / NZZ am Sonntag
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 121'406
Erscheinungsweise: wöchentlich

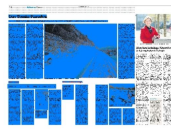
Seite: 10
Fläche: 192'422 mm²

Auftrag: 1095889
Themen-Nr.: 999.209

Referenz: 64998398
Ausschnitt Seite: 3/5



Segen oder Belastung? Stau der Grenzgänger vor dem Zoll von Ponte Tresa am Luganersee.



Grenzgänger

«Wir müssen selbst Leitplanken setzen»

Wie erklären Sie sich die feindliche Stimmung gegen die italienischen Grenzgänger in Ihrem Kanton?

Es gibt bei uns ein Problem mit dem Zugang zur Arbeit. Nicht für alle, aber für einen bestimmten Teil der Tessiner Bevölkerung. In gewissen Bereichen des Arbeitsmarktes ist die Konkurrenz und damit der Druck gestiegen. Das liegt aber nicht an den Grenzgängern per se, sondern vielmehr daran, dass wir zu wenig Mittel haben, um den Arbeitsmarkt zu regeln.

Der offene Markt ist für das Tessin ein Problem?

Nicht der Markt ist das Problem, natürlich kann dieser offen sein. Aber es braucht Kontrollen. Und heute fehlen ganz klar die flankierenden Massnahmen. Das schweizerische Arbeitsrecht ist amerikanisch, ultraliberal. Ein Beispiel: In der Schweiz ist der Arbeitgeber nicht dazu verpflichtet, den Lohn in Schweizerfranken auszuzahlen. Es gibt auch keine Mindestlöhne, zumindest nicht auf nationaler Ebene.

Im Tessin aber schon.

Die Situation im Tessin ist anders als in Zürich oder in anderen Regionen der Schweiz. Deshalb müssen wir selbst Leitplanken setzen. Wir haben heute 16 Normalarbeitsverträge mit Mindestlöhnen, damit sind wir Weltmeister. Oder zumindest Schweizer Meister. Die Politik hier ist sich einig, von links bis rechts: Wir brauchen mehr flankierende Massnahmen. Diese kann aber nur Bundesbern beschliessen, deshalb fordern wir sie dort ein. Nur ist

man dort anderer Meinung.

Fühlen Sie sich von Bern im Stich gelassen?

Nein, ich bin nicht der Ansicht, dass das Tessin systematisch vernachlässigt wird. Aber natürlich müssen wir immer wieder darauf aufmerksam machen, dass wir hier mit Folgen des offenen Arbeitsmarktes zu kämpfen haben, die es an anderen Orten in diesem Ausmass nicht gibt.

Das Tessin betreibt Heimatschutz und dies, obwohl das Problem Lohndumping hausgemacht ist.

Es ist klar, dass Unternehmer, ob Tessiner, Zürcher oder Italiener, am Ende des Tages ihre Rechnung machen. Und wenn einer die Freiheit hat, zu tun, was er will, dann macht er auch, was er will. Wir Politiker haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass unsere Bürger eine Arbeit zu einem anständigen Lohn finden. Man darf das Problem aber nicht generalisieren. Es besteht, aber es besteht nicht überall.

Geht ob dem ganzen Furor über die Grenzgänger nicht manchmal vergessen, dass die Tessiner Wirtschaft sie braucht?

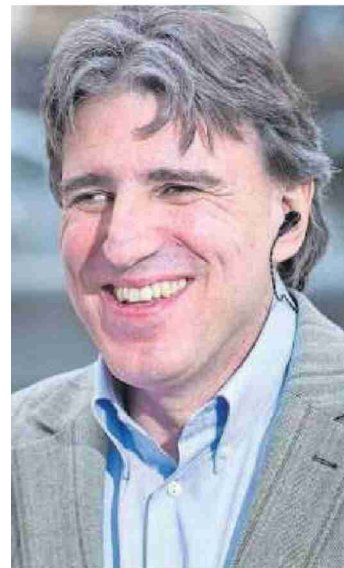
Sehen Sie, die negative Stimmung gegenüber den Grenzgängern basiert zu einem grossen Teil auf einer Kampagne der rechten Politik. Natürlich braucht das Tessin die Grenzgänger. Nur schon, weil sie Arbeiten erledigen, die hier niemand mehr machen will. Sie tragen täglich dazu bei, dass die Tessiner Wirtschaft boomt. Mittlerweile ist ihre Zahl auf rund 60 000 angestiegen, ein Ausmass,

das Probleme schafft.

Weshalb dieser Anstieg?

Ich denke, es hat zu einem grossen Teil mit der Finanzkrise zu tun. Vor 2008 hatte die Lombardei weniger Arbeitslose als das Tessin. Heute ist es umgekehrt. Der Wirtschaftsmotor Norditalien ist ins Stocken geraten, das spüren wir im Tessin besonders deutlich.

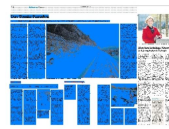
Interview: Kathrin Alder



CARLO REGUZZI / ITI-PRESS / KEVSTONE

Der Staatsrat Manuele Bertoli (sp.) amtet seit Anfang Monat als Tessiner Regierungspräsident. Aufgrund einer Netzhauterkrankung ist er blind.

(Bellinzona, 15. April 2015)



Öffentliche Beschaffungen Tessiner Inländer- Vorrang soll national gelten

Im Tessin ist der Kampf gegen die Grenzgänger in eine neue Runde gegangen. Ohne Gegenstimme beschloss das Tessiner Parlament einen Inländervorrang bei öffentlichen Beschaffungen. So sollen Bauaufträge, deren Wert unter 8,7 Millionen Franken liegt, nur noch an heimische Unternehmen vergeben werden. Bei Warenlieferungen und Dienstleistungen liegt der Schwellenwert bei 350 000 Franken.

Die Reaktionen auf nationaler Ebene kamen unverzüglich. Die Wettbewerbskommission stört sich generell an den protektionistischen Tendenzen im Südkanton, Wirtschaftsverbände machen sich Sorgen um die Beziehungen zu Italien. Doch es gibt auch Stimmen, die das Tessin unterstützen: «Das ist ein mutiger Entscheid», sagt etwa Jean-François Rime, Freiburger SVP-Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands. Er kenne die Situation. «Wenn Schweizer Unternehmen etwa in Frankreich einen Auftrag erhalten wollen, werden ihnen laufend Hindernisse in den Weg gelegt.» Über die Tessiner Sonderregelung müsse deshalb auch auf nationaler Ebene diskutiert werden. «Wenn die Regel WTO-konform ist, sollten wir sie für die ganze Schweiz einführen.»

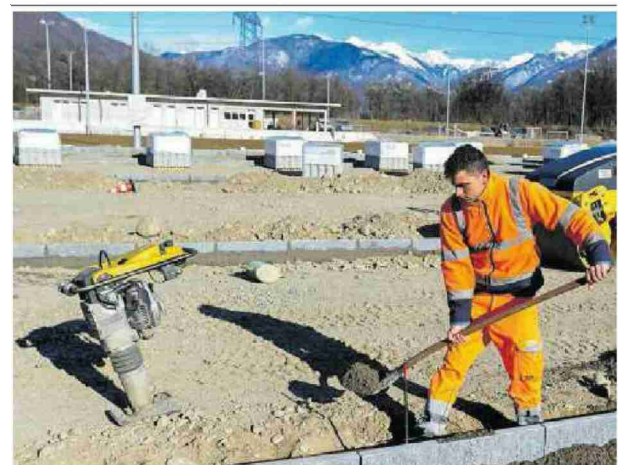
Der Zeitpunkt für solche Forderungen ist günstig, denn derzeit wird auf nationaler Ebene das Beschaffungswesen revidiert. Ein Hauptziel ist die Harmonisierung der unterschiedlichen Ordnungen von Bund und Kantonen. Im Mai berät die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK) das Geschäft.

«Die Tessiner Lösung muss auch auf eidgenössischer Ebene geprüft werden», sagt SVP-Nationalrat und WAK-Mitglied Thomas Aeschi. Ob er einen entsprechenden Antrag einreicht, stehe indes noch nicht fest. Die Parteimeinung sei noch nicht gefasst. Für ihn sei aber klar: Wenn der Bund Aufträge herausgibt, sollen Schweizer Unternehmen zum Zug kommen. Er nennt als Beispiel den Umbau im Bundeshaus Ost, der vor ein paar Jahren für Unmut gesorgt hat. Damals wurden die alten Fenster durch neue ersetzt, wobei die neuen aus Tschechien stammten. «Solche Fälle müssen verhindert werden», sagt Aeschi. FDP-Nationalrätin und Wirtschaftspolitikerin Daniela Schneeberger hingegen kann sich nicht recht für die Idee begeistern. «Ich bin gegen rein protektionistische Massnahmen», sagt sie. «Wettbewerb muss aber vernünftig gestaltet werden. Dort wo es Handlungsspielraum bei Vergaben gibt, sollten wir diesen ausnützen. Der Preis allein reicht als Kriterium oft nicht aus.» Die Idee, den Heimatschutz im Bereich der öffentlichen Beschaffungen zu verstärken, ist nicht gänzlich neu. Bereits 2013 forderte BDP-Nationalrat Hans Grunder analog zur Tessiner Massnahme einen Inländervorrang für Aufträge, die ausserhalb der WTO-Verpflichtungen liegen. Lega-Nationalrätin Roberta Pantani dop-

pelte ein Jahr später nach. Der Bundesrat indes war bereits damals der Meinung, dass ein solcher Inländervorrang zumindest auf Bundesebene die staatsvertraglichen Verpflichtungen verletzen würde. Dies schrieb er in seiner Antwort zu Grunders Motion. So ist die Schweiz bei den öffentlichen Beschaffungen nicht nur an die WTO-Regeln gebunden, sondern auch an die bilateralen Verträge der EU. Diese verpflichteten die Schweiz, ihre Vergabestellen aufzufordern, fremde Anbieter nicht zu diskriminieren.

Im Tessin hingegen ist man der Ansicht, ein Inländervorrang für Aufträge unterhalb der WTO-Schwelle verletze keine internationalen Verpflichtungen. Wer recht hat, werden wohl dereinst die Juristen entscheiden.

Kathrin Alder



Nicht nur im Tessin sollen vermehrt Schweizer Unternehmen bauen. (Riarena, 5. März 2015)